

Vorlage Nr.: 2025/0067

Eingang: 20.01.2025

Angebot "Wohnen für Hilfe" ausbauen

Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	18.02.2025	14	Ö	Kenntnisnahme
Sozialausschuss	09.07.2025		Ö	Behandlung

1. Die Verwaltung entwickelt das Angebot „Wohnen für Hilfe“ weiter, um dieses für nichtstudentische Mieter*innen zu öffnen.
2. Dazu erarbeitet sie in Absprache mit dem Träger
 - a) wie das Angebot für die Seite der interessierten Mieter*innen auf Personen, die vorübergehend im Rahmen einer beruflichen Orientierung eine Wohnung suchen, wie beispielsweise Azubis, Praktikant*innen, FSJ-ler*innen, ausgeweitet werden kann.
 - b) wie auf Seite der Vermieter*innen das Angebot auf Familien ausgedehnt werden kann.
 - c) wie die Bewerbung des Projekts entsprechend der neuen Zielgruppen angepasst werden kann.
 - d) welche weiteren Kooperationspartner*innen für das Projekt gewonnen werden können
3. In Absprache mit dem Träger und dem Landkreis wird geklärt, ob und wie das Angebot „Wohnen für Hilfe“ im Landkreis erweitert werden kann.

Begründung/Sachverhalt

Angesichts des großen Mangels an bezahlbaren Wohnungen in Karlsruhe einerseits und andererseits angesichts des Bedarfs an Hilfe bei älteren Menschen und Familien andererseits wollen wir mit dem Antrag erreichen, dass das Angebot „Wohnen für Hilfe“ ausgebaut wird.

In der Antwort auf unsere Anfrage „Wohnen für Hilfe ausbauen“ (Gemeinderatssitzung 17.12.2024 – Vorlage 2024/1250) macht die Verwaltung deutlich, dass das erfolgreiche und bewährte Angebot „Wohnen für Hilfe“ bereits in der bestehenden Form die soziale Landschaft in Karlsruhe bereichert. Wie in unserer Anfrage dargestellt, ist „Wohnen für Hilfe“, in Karlsruhe angesiedelt bei den Paritätischen Sozialdiensten, für alle Beteiligten hilfreich: Die studentischen Mieter*innen erhalten preiswerten Wohnraum und persönlichen Anschluss, die älteren Vermieter*innen bekommen (begrenzte) Hilfe im Alltag und haben Kontakt zu jungen Menschen.

Durch eine Erweiterung des Angebots sollen nicht nur Studierende, sondern auch Auszubildende, Praktikant*innen und Absolvent*innen eines Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahres (FSJ / FÖJ) in den Kreis der Bewerber*innen aufgenommen werden. Auf Seiten der Vermieter*innen wollen wir, dass auch Familien Wohnraum gegen Hilfe anbieten können.

Im Austausch mit den Trägern soll erarbeitet werden, welche Voraussetzungen und Ressourcen für eine Erweiterung des Angebots nötig sind und wann und wie die nötigen Maßnahmen umgesetzt werden können.

Dabei sollen u.a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Der Kontakt zu möglichen Kooperationspartner*innen, wie beispielsweise der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände, der Abteilung „Aufwachsen und Älter werden“ der Freiwilligendienste DRS gGmbH und weiteren, um das Angebot bei weiteren Zielgruppen bekannt gemacht werden.
- Die Werbung für das Angebot „Wohnen für Hilfe“ bei persönlichen Beratungsgesprächen des Pflegestützpunktes und des Seniorenbüros oder im Rahmen der präventiven Hausbesuche.
- Die Abstimmung mit dem Landkreis und den zuständigen Trägern um das Angebot wo möglich auch im Landkreis zu erweitern.
-

Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zu unserer Anfrage schreibt, soll das Angebot „Wohnen für Hilfe“ bei einem Workshop am 28. Februar 2025 im Nachgang zum sozialökologischen Symposium zum Thema Wohnen besprochen werden. Dies zeigt, dass auch auf Seiten der Stadt gesehen wird, welches Potential „Wohnen für Hilfe“ bietet, um die Wohnungsnot zumindest zu mildern.

Unterzeichnet von:
Verena Anlauf
Ivo Dujmović
Benjamin Bauer,
Dr. Iris Sardarabady
Aljoscha Löffler